

“Schluss mit dem Bildungsföderalismus!”

Um die Bildung in Deutschland steht es nicht gut. Der Unternehmer Harald Christ ist 39 und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Conomus Treuhand AG. Der Multimillionär lebt in Berlin und hat ein Buch über „Deutschlands ungenutzte Ressourcen“ geschrieben. Im Interview sagt er, warum Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen müssen und wie Zuwanderung eine wichtige Rolle spielen kann. Gazelle traf ihn zum Gespräch.

Warum schreibt ein erfolgreicher Unternehmer ein Bildungsbuch?

Das Kernthema meines Buchs ist zwar das deutsche Bildungssystem, aber eigentlich habe ich ein wirtschaftspolitisches Buch geschrieben. Ich beschreibe darin ja auf der Basis wirtschaftspolitischen Denkens, was notwendig ist, damit wir auch weiterhin erfolgreich unsere Stellung in der Welt verteidigen können. Die Bildungspolitik entscheidet schließlich heute darüber, was für Menschen in 20 bis 30 Jahren der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Letztlich ist das eine Entscheidung über unser aller Wohlstand.

Im Untertitel ihres Buchs fordern Sie „Aufstieg, Bildung und Chancen für alle“. Ist das nicht etwas utopisch?

Ganz und gar nicht. Man muss sich immer Maximalziele setzen, um etwas zu erreichen. So habe ich es in der Wirtschaft gelernt. Dabei muss man immer im Hinterkopf behalten, dass man selten hundert Prozent erreicht. Wir müssen in Deutschland viel mehr für unsere nachwachsenden Generationen tun. Nach OECD-Standards haben wir die höchste Schulabbrecherquote. Viel zu viele junge Menschen machen keine Ausbildung. Unsere Abiturientenquote ist im Vergleich sehr niedrig. All das können wir uns vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nicht länger erlauben. Wenn es weitergeht wie bisher, laufen wir in einen Tunnel des Wohlstandsverlusts hinein. Ein Schulabschluss und eine gute Ausbildung dürfen kein Privileg für wenige sein, sondern ein Anspruch für viele.

Bildung ist für Sie also ein Mittel zum Zweck, den Wohlstand zu erhalten?

Ich möchte Bildung und Bildungspolitik nicht allein nach marktwirtschaftlichen Aspekten bewerten. Am Ende hängt der Fortbestand einer Wirtschaftsnation aber von ökonomischen Parametern ab. Man kann Bildungspolitik nicht ideologisch isoliert betrachten, sondern muss den großen Zusammenhang sehen.

In Ihrem Buch fordern Sie einen „Pakt für Exzellenz in der Bildung“. Wie soll der aussehen?

Um international zur Spitzengruppe bei der Bildungsfinanzierung zu gehören, müsste die Bundesrepublik etwa 50 Milliarden Euro mehr als bisher ausgeben – und zwar jedes Jahr. Dies allein aus dem Haushalt bestreiten zu wollen, ist absolut illusorisch. Nur wenn neben dem Staat auch Unternehmen, Stiftungen und andere private Institutionen ihren Beitrag leisten, können wir diese Summe aufbringen. Dafür müssen sie diesen Pakt schließen. Darüber hinaus könnte ich mir auch vorstellen, dass wir den Solidaritätszuschlag in einen Bildungsbeitrag umwidmen oder eine Bildungsumlage einführen. Auch die Einnahmen aus einer Vermögenssteuer könnte man für die Bildung aufwenden. In einem Bildungspakt wären alle Kräfte gefordert, etwas beizutragen.

Sie plädieren auch für ein zweigliedriges Schulsystem. Die SPD verfolgt das Ziel schon länger. Nun spricht sich auch die CDU dafür aus. Ist es also nur noch eine Frage der Zeit, bis es neben dem Gymnasium nur noch eine Schulform gibt?

Die Zweigliedrigkeit des Schulsystems ist eine sehr gute Lösung. Aber sie reicht nicht aus. Ich plädiere erstens dafür, dass Kinder viel früher in den Kindergarten und in die Grundschule kommen. Dass sie zweitens, die ersten sechs Jahre alle gemeinsam die Schule besuchen und erst danach entschieden wird, ob sie auf eine Gemeinschaftsschule wechseln oder aufs Gymnasium. Das Gymnasium ist eine etablierte Schulform, die unbedingt erhalten bleiben sollte. Übrigens sind auch private Schulen und Internate sehr wichtig und notwendig.

Für Ihre Pläne müsste der Bund wieder mehr Kompetenzen in Bildungsfragen bekommen?

Unbedingt. Es kann nicht sein, dass die Bildungspolitik in einem Bundesland komplett umgekrempelt wird, nur weil die Regierung wechselt. Wir brauchen endlich Schulfrieden in Deutschland und Planbarkeit und Berechenbarkeit. Schluss mit dem Bildungsföderalismus! Mir geht es nicht darum, den Ländern alle Mitsprache in Bildungsfragen zu nehmen, aber es muss einen klaren Rahmen geben. Dass die Länder selbst eine Menge bewegen können, hat ja gerade Nordrhein-Westfalen bewiesen, wo die rot-grüne Landesregierung gerade einen sehr guten Schul-Kompromiss mit der CDU gefunden hat. Trotzdem brauchen wir mehr Vergleichbarkeit. Es kann nicht sein, dass ein Abitur in Bayern viel schwieriger ist als in Hessen oder im Saarland, am Ende aber alle Abiturienten um dieselben Studienplätze konkurrieren. Wir haben hunderte von Schul- und Studienplänen in Deutschland. Dieses Dickicht im Bildungsdschungel müssen wir endlich lichten.

Sie kritisieren auch, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch immer viel zu schwierig ist – besonders für Frauen. Das Elterngeld sollte das doch eigentlich ändern.

Wenn die Strukturen nicht verändert werden, nützt Geld auch nichts. Frauen, die Karriere machen und gut verdienen, brauchen das Elterngeld nicht. Entscheidend ist, dass wir ganz andere Betreuungsmodelle bekommen als bisher, flexiblere Arbeitsverhältnisse und mehr Möglichkeiten, wie man Familie und Arbeit unter einen Hut bringen kann. Manche Unternehmen bieten es ja schon ausdrücklich an, dass Frauen von zuhause aus arbeiten können. Die technischen Möglichkeiten dazu haben wir heute alle.

Trotzdem wird auch ein größerer Bevölkerungszuwachs den demografischen Wandel und damit auch den Fachkräftemangel nicht aufhalten. Sie fordern deshalb eine „breite Zuwanderungspolitik“. Wie sieht die aus?

Es stimmt: Wir brauchen mehr Zuwanderung, um das demografische Defizit bei uns auszugleichen. Leider gibt es im Moment eine gegenläufige Entwicklung. Es verlassen mehr Hochqualifizierte Deutschland als zu uns kommen. Da müssen wir unbedingt gegensteuern. Dafür ist es wichtig, dass wir eine Willkommenskultur in Deutschland schaffen. Das Buch von Thilo Sarrazin war da leider kontraproduktiv. Im Ausland werden wir nicht so fremdenfreundlich wahrgenommen wie wir uns gerne selbst sehen. Deshalb ist es wichtig, den Menschen in Deutschland klar zu machen, dass die Zuwanderer, die zu uns kommen, die Steuer- und Rentenzahler von morgen sind. Zuwanderung ist unsere große Chance. Und deshalb müssen wir jeder demagogischen Rede gegen Zuwanderung entschlossen entgegenreten.

Maßstab der Zuwanderung ist also die Nützlichkeit der Einwanderer?

Wir brauchen keine Zuwanderung, die unseren Sozialhaushalt weiter aufbläht, es sei denn, es geht um Familienzusammenführung oder Spätaussiedler. Ein Zuwanderer muss innerhalb einer absehbaren Zeit in der Lage sein, einen Wertbeitrag an die Gesellschaft zu leisten. Er muss eine Arbeit nachweisen, von der er leben kann und bereit sein, die deutsche Sprache zu lernen. Die Religion darf übrigens bei der Zuwanderung überhaupt keine Rolle spielen. Sie ist allein eine Entscheidung jedes Einzelnen.

Auch Thilo Sarrazin möchte Zuwanderer aus islamischen Ländern aufnehmen, solange sie nur der Gesellschaft nutzen...

Thilo Sarrazin polarisiert in seinem Buch sehr stark. Dennoch hat er eine Diskussion öffentlich entfacht, die hinter vorgehaltener Hand schon lange geführt wird. Insofern hat er einen Nerv getroffen. Mit seiner sehr subjektiven Auslegung von Statistiken und mit seinen abstrusen Vorstellungen und biologischen Auslegungen ist er aber weit über das Ziel hinausgeschossen. Sarrazins Buch liefert keine Lösungen, sondern spaltet die Gesellschaft, indem es ganze Gruppen herabstuft. Das ist für mich nicht tragbar. Und es bringt uns auch nicht weiter. Unsere Probleme sind andere. Trotzdem habe ich in meinem Buch versucht, fair mit Sarrazins Thesen umzugehen und nicht in eine ähnliche Polemik zu verfallen. Ich möchte lieber Lösungen finden.

Wie war eigentlich bisher die Resonanz auf Ihr Buch?

Aus der Wirtschaft habe ich sehr viel Zustimmung bekommen. Dasselbe gilt für die Politik, übrigens parteiübergreifend. Das ist mir wichtig, denn das Buch wurde zwar von einem Sozialdemokraten geschrieben, aber es ist kein sozialdemokratisches Buch. Ich versuche, alle Blickwinkel einzunehmen und zu integrieren. Von den Bildungspolitikern der Bundesländer habe ich bisher übrigens nichts gehört. Vielleicht haben sie sich aber auch einfach noch nicht mit meinem Buch auseinandergesetzt.

Zum Schluss: Wie bewerten Sie als Berliner den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU unter dem Blickwinkel Ihres Buchs?

Der Koalitionsvertrag ist ordentlich, jedoch hätte ich von einer großen Koalition mehr erwartet. Gerade in der Wirtschaftspolitik müsste sie ihre breite Mehrheit im Abgeordnetenhaus für richtungsweisende Akzente nutzen. Im Koalitionsvertrag steht viel Altbekanntes. Eine richtige Vision für die Metropolregion kann ich nicht erkennen. Gut finde ich, dass das Wirtschaftsressort aufgewertet wird, da nun auch der Bereich der Wissenschaft hier angegliedert wird. Für die Bundesebene würde ich sogar noch weiter gehen. Da brauchen wir ein Innovationsministerium, am besten schon nach der nächsten Bundestagswahl.

Das Interview führte Kai Döring.